



per Telefax/E-Mail

München, 18.4.2011

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

- Pressemitteilung -

Keine Baugenehmigung für ALDI in München-Aubing

Mit Urteil vom 14. April 2011 hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) die Berufung der Klägerin zurückgewiesen und damit entschieden, dass die Landeshauptstadt München den Bauantrag der ALDI GmbH & Co. KG zur Errichtung eines Lebensmitteleinzelhandelsbetriebs an der Kronwinklerstraße in München-Aubing zu Recht abgelehnt hat.

Der Bauantrag war bereits im Dezember 2004 mit der Begründung abgelehnt worden, der großflächige Einzelhandelsbetrieb sei planungsrechtlich nicht zulässig, weil die nähere Umgebung einem Gewerbegebiet entspreche und er schädliche Auswirkungen auf den zentralen Versorgungsbereich Altostraße erwarten lasse. Die dagegen gerichtete Klage war vor dem Verwaltungsgericht München erfolglos geblieben. Auf die Berufung der ALDI GmbH & Co. KG verpflichtete dann aber der BayVGH die Landeshauptstadt zunächst zur Erteilung der Baugenehmigung. Auf die Revision der Landeshauptstadt befasste sich das Bundesverwaltungsgericht mit der Sache. Es hob das Urteil des BayVGH auf und verwies den Rechtsstreit zur erneuten Verhandlung und Entscheidung zurück. Zielvorgaben in einem Landesentwicklungsprogramm seien ungeeignet als Maßstab für die Beurteilung, ob von einem Vorhaben schädliche Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche zu erwarten sind.

Nach erneuter mündlicher Verhandlung ist der BayVGH nun aufgrund eines vom Gericht eingeholten und eines von der Beklagten beigebrachten Gutachtens zu der Überzeugung gekommen, dass der geplante ALDI schädliche Auswirkungen auf zentrale Nahversorgungsbereiche erwarten lasse. Die von der Klägerin beigebrachten Gutachten und Stellungnahmen konnten diese Überzeugung nicht erschüttern. Die vollständigen Urteilsgründe werden erst in einigen Wochen vorliegen.

Der BayVGH hat die Revision gegen dieses Urteil nicht zugelassen. Hiergegen kann Beschwerde zum Bundesverwaltungsgericht in Leipzig erhoben werden.

(Bayer. Verwaltungsgerichtshof, Urteil vom 14. April 2011, Az. 2 BV 10.397)

Pressesprecher

Ri'inVGH Andrea Breit, Tel. 2130-334, Fax 2130-315
RR'in Susanne Gerdes Tel.2130-264, Fax 2130-464

Postanschrift

Postfach 34 01 48
80098 München

Dienstgebäude

Ludwigstr. 23
80539 München

Telefon

(089) 21 30-0

Telefax

(089) 21 30 320

E-Mail: poststelle@vgh.bayern.de

Internet: <http://www.vgh.bayern.de>